

Die Logik einer Bundesratswahl

Politikerinnen aus der Ost- und Zentralschweiz haben die besten Chancen, Schneider-Ammann zu beerben

Von Michael Surber, Bern

Vorgestern in Berlin auf Arbeitsbesuch mit Mittagessen bei der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, gestern dann in Begleitung einer Wirtschaft-Delegation auf Staatsbesuch in Mexiko. Ein Bundespräsidentendasein ist abwechslungsreich und anstrengend zugleich.

Für Johann Schneider-Ammann (FDP), der das reisefreudige Amt noch bis Ende Jahr innehat, wird es wohl das letzte gewesen sein. Wie lange Schneider-Ammann noch als Bundesrat amten wird, darüber wird schon seit geraumer Zeit spekuliert. Dass ein Rücktritt sogar noch dieses Jahr erfolgen könnte, ist nicht unwahrscheinlich.

Die Kriterien

Bundesrat zu sein, ist womöglich einfacher, als es zu werden. Das wissen auch die potenziellen Nachfolger aus der FDP, die auf den womöglich frei werdenden Sitz spekulieren. Bei Bundesratswahlen sind es bekanntlich nicht allein die persönlichen Vorzüge und Fähigkeiten eines Kandidaten, welche über den Wahlerfolg entscheiden.

Von Bedeutung sind in erster Linie auch jene Attribute, für welche der einzelne Anwärter in der Regel nicht viel kann: Geschlecht, Sprache und Herkunftsregion oder -kanton fungieren



Die Zukunft ist ungewiss. Geht Bundespräsident Johann Schneider-Ammann bald in Rente? Foto Keystone

neben der Parteizugehörigkeit als eine Art Vorbedingung, die darüber entscheidet, ob man überhaupt zum engeren Kreis gehört. Mit einem Rücktritt von Bundespräsident Schneider-Ammann

würde sich die Situation im Bundesrat wie folgt präsentieren: Neben drei welschen Vertretern wären weiter die Kantone Bern, Aargau und Zürich mit je einem Repräsentanten vertreten.

Die momentane Doppelbesetzung durch den Kanton Bern würde aufgelöst. Was dann aber noch immer bestehen würde, ist die deutliche Übervertretung der westlichen Landeshälfte.

Bei der nächsten Vakanz im Bundesrat wird sich die Kandidatensuche daher wohl auf die Ost- und die Zentralschweiz konzentrieren. Die Ostschweiz, zu der sieben Kantone zählen, hatte mit Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) letztmals Einsitz im Bundesrat, die Zentralschweiz wartet gar seit dem Rücktritt von Kaspar Villiger (FDP) 2003 auf eine erneute Vertretung.

Der Kanton Tessin, seit 1999 nicht mehr in der Landesregierung vertreten, wird auf die nächste welsche Vakanz warten müssen, um wieder einmal in die Kränze zu kommen.

Nach einer temporären weiblichen Mehrheit im Bundesrat präsentiert sich das Geschlechterverhältnis momentan im Verhältnis zwei zu fünf zugunsten der Männer.

Und auch wenn die Geschlechterfrage etwas an Brisanz verloren hat, kann dieser Faktor zu Recht nicht komplett ausgeblendet werden. Zumal mit einem allfälligen Rücktritt von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP), über den ebenfalls schon an verschiedener Stelle spekuliert wurde, sich diese Frage noch akzentuieren dürfte.

Eine freisinnige Ost- oder Zentralschweizer Politikerin, die im besten Falle auch schon in Bundesbern bekannt ist, hätte so gesehen wohl die besten Chancen, die nächste Bundesrätin zu werden.

Mögliche Kandidaten für die Schneider-Ammann-Nachfolge

Die FDP kann profilierte Köpfe vorweisen – die Frage ist, ob diese auch antreten würden

Von Michael Surber, Bern

Eine FDP-Frau aus der Ost- oder Zentralschweiz bringt aufgrund der aktuellen Konstellation im Bundesrat wohl die besten Voraussetzungen mit, um bei einem möglichen Rücktritt des amtierenden Bundespräsidenten Johann Schneider-Ammann als dessen Nachfolgerin gewählt zu werden.

Die genannten Attribute erfüllt präzise die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter. Doch es ist nicht nur ihre Herkunft und ihr Geschlecht, welche sie zur optimalen Bundesratskandidatin küren würden. Sie kann darüber hinaus mit weiteren Qualitäten aufwarten, die für eine Wahl in den Bundesrat förderlich wären: eine langjährige Exekutiverfahrung und ein gutes Beziehungsnetz in Bundesbern.

Letzteres fehlte der FDP-Politikerin anno 2010 wohl, als sie bei der Ersatzwahl für den zurückgetretenen Bundesrat Hans-Rudolf Merz ins Rennen stieg und just gegen jenen der heutigen Bundesräte unterlag, welchen sie in naher Zukunft beerben könnte: Bundespräsident Johann Schneider-Ammann.

Damals, 2010, amtierte sie als Regierungsrätin des Kantons St. Gallen und war noch nicht im Berner Parlamentsbetrieb angekommen, sie wurde erst 2011



Karin Keller-Sutter

in den Ständerat gewählt. Die nötige Exekutiverfahrung, die eine Wahl in den Bundesrat mit Sicherheit befördern kann, hat Keller-Sutter: In den rund zwölf Jahren, in denen sie in der Exekutive des Kantons St. Gallen tätig

war, erarbeitete sie sich einen gewissen Bekanntheitsgrad auch über die Kantongrenzen hinaus. Diese Bekanntheit vermochte offensichtlich nicht das wohl noch zu dünne Beziehungsnetz in Bundesbern zu kompensieren.

Die 52-jährige Keller-Sutter hat zwar seit dieser Niederlage gegen Schneider-Ammann immer wieder betont, dass das Thema Bundesrat damit für sie gegessen sei. Doch es wäre nicht das erste Mal, dass eine Kandidatin diese Entscheidung nochmals überdenkt und doch nochmals antritt.

Der Wirtschaftspolitiker

Zumindest in Bundesbern ist Karin Keller-Sutter die einzige FDP-Politikerin mit Ost- oder Zentralschweizer Herkunft, die als potenzielle Nachfolgerin von Bundespräsident Schneider-

Ammann ausgemacht werden kann. Politiker, die hinsichtlich der Parteizugehörigkeit und der Herkunftsregion den optimalen Vorgaben entsprechen, gibt es hingegen mehrere. Wobei es ausschliesslich Parlamentarier aus den Ostschweizer Kantonen (Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau) sind, die sich aufdrängen. Zentralschweizer Freisinnige sind dagegen nicht auszumachen.

So drängt sich zum Beispiel auch der national bisher eher unbekannt Bänder FDP-Ständerat Martin Schmid auf. 2011 in die kleine Kammer gewählt, erarbeitete sich der 47-jährige Schmid einen Ruf als Wirtschafts- und Ordnungspolitiker. Zurzeit präsidiert er die Ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK).

Der Rechtsanwalt, der eher einem rechten Flügel innerhalb der FDP zuzuordnen und auch eng mit der Bündner Wirtschaft verbunden ist, bringt ebenfalls langjährige Exekutiverfahrung mit:

2003 wurde er in den Regierungsrat des Kantons

Graubünden gewählt. In dieser Funktion amtierte er bis zu seiner Wahl in den Ständerat. Fünf Jahre Parlamentstätigkeit in Bundesbern, langjährige Exekutiverfahrung und Ostschweizer Herkunft: Dieses Gesamtpaket könnte bei einer Ersatzwahl von Schneider-Ammann durchaus Anklang finden.

Jugendliche Frische

Bundesratsformat hat zweifelsohne auch Andrea Caroni, freisinniger Ständerat aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden. Der Senkrechtstarter mit Harvard-Abschluss gilt als ambitioniert und zielstrebig. Seine bisherige (politische) Karriere lässt sich sehen: Mit 27 Jahren Rechtsanwalts-patent, ein Jahr später den Dokortitel, mit 31 Jahren in den Nationalrat gewählt, vier Jahre später schliesslich die Wahl in den Ständerat.

Dem ehemaligen persönlichen Mitarbeiter von Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP) fehlt die viel geforderte Exekutiverfahrung. Wobei man dem intellektuell Hochveranlagten zutrauen darf, dass dieser auch eine Bundesrats-

rolle souverän auszufüllen wüsste. Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative trieben ihn grundsätzliche Bedenken um.

Der Jurist forderte früh, dass am Ende des politischen Prozesses das Umsetzungsgesetz und der Verfassungstext kongruent sein sollen. Eine Stossrichtung, in die jetzt vermutlich auch der Bundesrat mit dem Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative einschwenken wird.

Mit 36 Jahren gehört Caroni für bundesbernerische Verhältnisse eher zur jüngeren Garde. Auch aus diesem Grund wird er es sich zweimal überlegen, ob eine allfällige Kandidatur nicht zu früh kommt.

Weitere Papabili

Ambitionen auf einen frei werdenden FDP-Bundesratsitz dürften noch weitere FDP-Politiker haben: so beispielsweise auch der Zürcher Ständerat Ruedi Noser.

Dieser versuchte es schon einmal 2010, scheiterte aber in der FDP-internen Ausmarchung. Und da mit SVP-Bundesrat Ueli Maurer zudem schon ein Zürcher Einsitz in der Exekutive nimmt, dürfte eine Kandidatur eines Zürchers eher schlechte Chancen haben.



Martin Schmid



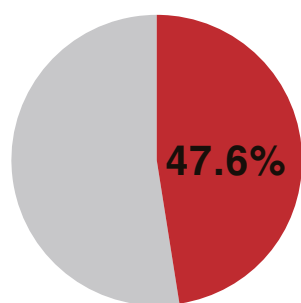
Andrea Caroni

ANZEIGE

Fakten zur Steuerreform

Steuerreform sichert Forschungsstandort Schweiz

Gemischte Gesellschaften leisten fast 50 Prozent der Forschungsaufwendungen der Privatwirtschaft.



Quelle: Botschaft des Bundesrates zur Unternehmenssteuerreform III 2015

Damit Gemischte Gesellschaften weiterhin in der Schweiz forschen, braucht es die Steuerreform.

Die Schweiz ist Innovationsweltmeister. Gemischte Gesellschaften leisten einen wesentlichen Beitrag. Sie tätigen rund 50 Prozent der Investitionen in Forschung und Entwicklung der Privatwirtschaft. Über Forschungszusammenarbeit profitieren davon auch KMU in hohem Masse. Damit das so bleibt, braucht es für die Firmen weiterhin optimale steuerliche Bedingungen. Das garantiert die Steuerreform. Sie stärkt die Innovationskraft der Unternehmen. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

„Der Forschungsstandort Schweiz ist unter Druck. Um ihn zu sichern, ist eine gezielte Steuerpolitik von grosser Bedeutung.“

Prof. Dr. Oliver Gassmann, Institut für Technologiemanagement, Universität St.Gallen



«Experten-Komitee für einen starken Standort Schweiz», Postfach, 3001 Bern